



ZdK

Zentralkomitee  
der deutschen Katholiken

# Antrag an die ZdK-Vollversammlung 22.-24.05.2025

## **Stärkung der Sozialpartnerschaft**

### Antragssteller\*innen:

Andreas Luttmer-Bensmann, Ulrich Hemel, Stefan-B. Eirich, Rüdiger Wale, Brigitte Lehmann, Regina Soremba-Böxkes, Ulrich Vollmer, Conny Grasshoff, Jürgen Tausgraf, Daniel Trutwin, Alexandra Horster, Hubert Wernsmann, Nicole Podlinski

### Begründung:

#### **Zur aktuellen Situation**

Union und SPD haben sich im Koalitionsvertrag darauf verständigt, den Mindestlohn zu erhöhen und ein Bundestariftreuegesetz auf den Weg zu bringen. Maßnahmen zur Stärkung von Sozialpartnerschaft und Tarifbindung bleiben dagegen sehr vage, obwohl die Koalitionäre die Bedeutung dieser Pfeiler der Sozialen Marktwirtschaft für die gesellschaftliche Akzeptanz derselben anerkennen. Auch fordern die EU-Regelungen nationale Aktionspläne ein, wenn die Tarifbindung unter 80 Prozent sinkt. Diese ist in Deutschland in den letzten Jahren bei Unternehmen von 65 auf 21 Prozent, bei den Arbeitnehmern auf unter 50 Prozent gesunken. Zehn Millionen Menschen arbeiten inzwischen im meist tariflosen Niedriglohnsektor. Damit wankt eine Säule der Sozialen Marktwirtschaft, die Deutschland stark und stabil gemacht hat.

In der der folgenden Erklärung haben der Bund Katholischer Unternehmer, die katholische Arbeitnehmerbewegung Deutschlands, die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands im Diözesanverband Münster und die Kolping-Initiative „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“, die Situation aufgegriffen und fordern den Einsatz gegen Lohndumping und eine Stärkung der Tarifbindung.

## **Erklärung von Münster zur Lohngerechtigkeit**

Katholische Verbände setzen sich vor dem Hintergrund der biblischen Botschaft und der katholischen Soziallehre seit Jahrzehnten für gerechte



ZdK

Zentralkomitee  
der deutschen Katholiken

und menschenwürdige Verhältnisse im Leben der Menschen ein. Die Enzyklika von Papst Franziskus „Fratelli tutti“ bestärkt uns darin.

Gerechte und solidarische Arbeitsbedingungen sind für den sozialen Frieden und eine zukunftsfähige Gesellschaft von zentraler Bedeutung. Wir widmen uns seit langem dem Thema „Gerechte und fairer Löhne“. Durch eine zunehmende Tarifflicht erleben wir Löhne, die weit unter Tarif liegen, die Diskriminierung bestimmter Gruppen und Lohndumping durch Subunternehmen. Diese Entwicklungen beschleunigen die Spaltung unserer Gesellschaft und führen zu ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen und -bedingungen.

Die Tarifbindung von Unternehmen lag nach einer Studie der Bertelsmann Stiftung zu Beginn dieses Jahrtausends bei 65% und ist bis 2015 auf 35% gesunken<sup>1</sup>. Treiber war nicht die meist tarifgebundene Exportindustrie, sondern die drastisch zunehmende Tarifflicht im Bereich Dienstleistungen und Handel. Inzwischen sind nach den jüngsten Statistiken des Statistischen Bundesamtes nur noch 21 % der Unternehmen an Tarifverträge gebunden; nur 49 % aller Beschäftigten werden nach Tarif bezahlt<sup>2</sup>. Die Sozialpartnerschaft als tragende Säule der Sozialen Marktwirtschaft gerät ins Wanken. Inzwischen arbeiten 10 Millionen Menschen in Deutschland im Niedriglohnssektor. Minilöhne fördern soziale Abstiegsängste und erzeugen in breiten Schichten das Potential für ein radikales Wählerverhalten. Denn dem geringen Lohn folgen Minirente, Altersarmut und Armut des Staates, da die Finanzierung von steigenden Sozialleistungen aus Steuermitteln nur schwer leistbar sein wird. Wo Tarifverträge das Entgelt der unteren Lohngruppen regeln, verliert der gesetzliche Mindestlohn durch seine geringe Höhe zunehmend an Bedeutung, da er diese grundsätzliche Problemlage nicht beheben kann.

Darüber hinaus ergibt sich auch für die Unternehmen eine gefährliche Entwicklung. Tarifzahlende Unternehmen, vor allem mittelständische, leiden unter massiven Wettbewerbsverzerrungen. Lohndumping durch Tarifflicht gehört inzwischen zum Geschäftsmodell vieler Unternehmen. Nach Informationen aus dem Bundesarbeitsministerium erwartet die EU-Kommission, dass Deutschland Maßnahmen gegen diese Wettbewerbsverzerrung gegenüber den anderen EU-Ländern ergreift. Die Tarifflicht aus Branchentarifen zerstört die Tarifeinheit in Branchen und

---

<sup>1</sup> Vgl. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2015/maerz/studie-lohnungleichheit>

<sup>2</sup> Vgl. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Verdienste/Tarifverdienste-Tarifbindung/Tabellen/tarifbindung-deutschland-betriebe.html> und <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Verdienste/Tarifverdienste-Tarifbindung/Tabellen/tarifbindung-deutschland-arbeitnehmer.html>



ZdK

Zentralkomitee  
der deutschen Katholiken

Unternehmen, fördert die Entstehung von Berufsgruppen bezogenen Einzelgewerkschaften, verstärkt die Zersplitterung der Tariflandschaft und ist auch eine der Ursachen für zunehmende Streiks durch konkurrierende Gewerkschaften. Selbstverpflichtungen und Freiwilligkeit reichen nicht mehr aus.

**Deshalb fordert die Initiative von BKU, KAB, kfd und Kolping unsere Bundestagsabgeordneten auf, die gegebenen Versprechen einzulösen und in dieser Legislaturperiode des Deutschen Bundestages eine Gesetzesinitiative zu starten, die sicherstellt,**

- **dass die von den Sozialpartnern autonom ausgehandelten Branchentarifverträge verbindlich für alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen gelten, auch für Werkverträge und Leiharbeit,**
- **dass die Vergabe von Aufträgen der öffentlichen Hand nur noch an tarifzahlende Unternehmen erfolgt, wie es in einigen Bundesländern bereits der Fall ist,**
- **dass durch eine gesetzlich gewährleistete, gesteigerte Entgelttransparenz geschlechtsunabhängige und gerechte Löhne gezahlt werden.**

Beschlusstext:

Das ZdK tritt der „Erklärung von Münster zur Lohngerechtigkeit“ bei und seine Mitglieder setzt sich für die Umsetzung der Forderungen ein.